

Einführende und erläuternde wissenschaftliche Texte
Blaue Reihe Band 4

Wissenschaft und Liberalismus:

**Begründung eines notwendigen
Zusammenhangs**

Dr. habil. Heike Diefenbach & Michael Klein

sciencefiles.org

©2016 Dr. habil. Heike Diefenbach & Michael Klein

<http://sciencefiles.org>

Zitate und auszugsweise Verwendung von Teilen dieses Buches sind nur unter Angabe der Quelle erlaubt.

Der Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Autoren unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Inhalt

1.	Einleitung.....	1
2.	Die Objektivität des Wissenschaftlers und seine liberale Grundhaltung	7
3.	Liberalismus als Ordnungsrahmen der und für die Wissenschaft.....	13
4.	Sinn und Zweck von Wissenschaft	17
5.	Fazit.....	20
6.	Zusammenfassung	22
7.	Literatur	23

1. Einleitung

Während der letzten zwei Dekaden sind Versuche, Wissenschaft und besonders Sozialwissenschaft bewusst aus einer speziellen politischen Ideologie heraus und mit dem Ziel, diese Ideologie zu befördern oder sogar als die einzig richtige zu erweisen, zu betreiben, immer häufiger und inzwischen fast schon normal geworden. Man denke in diesem Zusammenhang nur an den Genderismus mit seiner Politik des Gender Mainstreamings, die wiederum durch so genannte Gender Studies als wissenschaftlich begründet dargestellt werden soll, weshalb die Gender Studies als eine wissenschaftliche Disziplin an sehr vielen Universitäten und Hochschulen (zwangs-)etabliert wurden und das Erbe des Marxismus-Leninismus angetreten haben, von dem an Hochschulen in der DDR jede Lehre und Forschung auszugehen hatte. Oder man denke an die so genannte Rassismuskritik: Bei ihr handelt es sich nicht um die wissenschaftliche Beschäftigung mit der latenten Variable "Rassismus", wie sie seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Sozialwissenschaften gepflegt wird, sondern um eine Gesellschaftskritik, die auf der Vorstellung basiert, dass die meisten, wenn nicht alle, westlichen Gesellschaften rassistisch verfasst seien, weil sie weiße Menschen privilegierten bzw. Menschen mit dunkler(er) Hautfarbe systematisch diskriminierten.

Solche Themenfelder sind für viele Menschen ansprechend, erlauben sie es doch seit ihrer Etablierung an Universitäten und Hochschulen, sich nach außen nicht nur als guter Mensch, sondern auch als eloquenter Intellektueller mit sozialem Engagement und (derzeit) politisch erwünschten Überzeugungen darzustellen. Dies alles gewöhnlich unter Verzicht auf kognitiv aufwendige klare theoretische Argumentationen und empirisch aufwendige Hypothesenprüfungen. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass mit der Idee, Wissenschaft könne, solle oder müsse auf einer aus irgendwelchen Gründen für gut befundenen Ideologie betrieben werden, Wissenschaft de facto zu existieren aufhört und abgelöst wird von eben jener Ideologie, die sich als Wissenschaft zu gebärden versucht, um als vernünftig oder wünschenswert oder als mit der Realität übereinstimmend und daher als zumindest

akzeptabel zu erscheinen, wenn nicht als die einzig richtige Weltanschauung und Praxis, die für jeden das Heil zu bringen verspricht (ob er will oder nicht).

Wir sind der Überzeugung, dass Wissenschaft, um Wissenschaft sein und bleiben zu können, Liberalismus zur notwendigen Voraussetzung hat. Wir werden diese Überzeugung im Folgenden begründen und dabei Liberalismus auf zwei Ebenen betrachten, und zwar auf der Ebene des Individuums, auf der Liberalismus bzw. eine liberale Grundeinstellung des Individuums die *Voraussetzung für Erkenntnisgewinn* (und damit Wissenschaft) ist, und auf der systemischen Ebene, auf der Liberalismus ein *Ordnungsprinzip* ist und die Voraussetzung dafür, dass Menschen mit liberaler Grundeinstellung wissenschaftlich tätig sein können und ein kumulativer Erkenntnisprozess stattfinden kann. Für uns ist Liberalismus die notwendige Voraussetzung dafür, dass es Individuen ebenso wie einer Gesellschaft als solcher möglich ist, Wissenszugewinne zu erlangen bzw. Erkenntnis(se) zu gewinnen.

Erkenntnisgewinn setzt Offenheit voraus. Offenheit ist notwendig, um empirische Fakten (als solche) zu akzeptieren, die der eigenen Überzeugung oder der derzeit herrschenden politischen Ideologie und der für richtig gehaltenen Theorie widersprechen. Offenheit ist notwendig, damit sich in einem Diskurs Theorien und Meinungen durchsetzen können, die theoretisch besser begründet sind und sich empirisch besser bewährt haben als andere. Vor diesem Hintergrund definieren wir Liberalismus als eine offene Herangehensweise an die Wirklichkeit, deren Ziel darin besteht, Erkenntnis über die Wirklichkeit zu gewinnen, was nur möglich ist, wenn begründete und bewährte Fakten oder Zusammenhangshypothesen auch dann akzeptiert werden, wenn sie den eigenen Überzeugungen oder der herrschenden politischen Ideologie widersprechen. Liberalismus ist deshalb keine Ideologie oder "politische Weltanschauung" neben z.B. Sozialismus oder Kommunismus, wie z.B. die [Bundeszentrale für politische Bildung Glauben machen will](#),¹ sondern bestenfalls eine Meta-Ideologie: Seine Inhalte sind nicht im selben Sinn vordefiniert wie im Sozialismus, Kommunismus oder Konservatismus; vielmehr ist der Liberalismus eine offene Grundhaltung, aufgrund derer sich Thesen, die z.B. dem Sozialismus oder Konservatismus entstammen, auf ihre argumentative Qualität und ihre empirische

¹ Ein weiteres Beispiel findet sich hier:
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17794/liberalismus>

Bewährtheit überprüfen und – je nach dieser Qualität und diesem Bewährungsgrad – vertreten oder verwerfen lassen. Als Meta-Ideologie oder schlicht: Überzeugungssystem erlaubt der Liberalismus es auch, Thesen, die normalerweise mit dem Liberalismus als politischem oder wirtschaftlichem Liberalismus in Verbindung gebracht werden, wie z.B. Thesen über die Funktionsweise eines freien Marktes, zu überprüfen und die Ergebnisse dieser Prüfung als Erkenntnis zu akzeptieren.

Liberalismus steht deshalb im Gegensatz zu jeder Ideologie, die (als solche) mit einem dogmatischen Anspruch auftritt und deren Vertreter nicht als Sucher nach Erkenntnis, sondern als Verkünder einer (nur) ihnen zugänglichen Wahrheit auftreten. Das Verkünden von letzten Wahrheiten widerspricht dem Liberalismus, denn mit solchen Verkündigungen ist Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen und gegenüber Kritik verbunden und somit eine Ablehnung der Grundlagen, die Wissenschaft ausmachen. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass Wissenschaft ihrerseits alles Mögliche, was behauptet wird, als eine Variante der Wahrheit bestehen lassen würde (wie dies im und durch den Konstruktivismus nahegelegt wird); es bedeutet aber, dass Wissenschaft bereit ist, ihr Instrumentarium zur Überprüfung von Theorien und Hypothesen vorbehaltlos auf korrekt und möglichst plausibel begründete (!) und überhaupt prüfbare Aussagen anzuwenden.

Liberalismus als Überzeugungssystem auf der individuellen Ebene zeichnet denjenigen aus, der die Überzeugungen Dritter zulässt und toleriert, auch dann, wenn sie nach seiner eigenen (begründeten) Auffassung falsch sind, solange diese Überzeugungen keine Externalitäten nach sich ziehen, die den Liberalismus selbst beschädigen, also z.B. das Recht einschränken, Meinungen frei zu äußern, egal, ob sie der herrschenden Meinung entsprechen oder nicht, oder das Recht seine Freiheit gegen Einschränkungen und Übergriffe durch Dritte mit allen Mitteln zu verteidigen, die der Intensität des An- bzw. Übergriffes angemessen sind. Liberalismus beschreibt also ein individuelles Überzeugungssystem, für das sein Träger die Verantwortung übernimmt und im Kontext der gesellschaftlichen Ordnung übernehmen muss. Liberalismus ist unvereinbar mit der Übernahme oder dem Aufzwingen kollektiver Überzeugungen, die Gruppen oder Nationen über das

Individuum stellen bzw. Individuen lediglich als Mitglieder einer Gruppe oder Nation betrachten und insofern eben nicht als Individuen im eigentlichen Sinn.

Auf den folgenden Seiten werden wir Liberalismus (als Meta-Ideologie oder Überzeugungssystem) als Voraussetzung für Erkenntnisgewinn und als Ordnungsprinzip (dann ist der Liberalismus ein politischer und wirtschaftlicher) behandeln, die allein einen kumulativen Erkenntnisgewinn ermöglicht.

Wie zu Beginn der Einleitung bereits angesprochen verstehen wir unseren Text als einen Beitrag zur wissenschaftlichen Hygiene im 21. Jahrhundert, in dem es an Universitäten und Hochschulen üblich geworden ist, den herrschenden politischen Moden hinterher zu laufen, statt sich der Idee der Wissenschaft verpflichtet zu fühlen und entsprechend zu handeln. Anders ausgedrückt: An Universitäten und Hochschulen sind Wissenschaftler immer seltener zu finden, also solche Personen, die ihre Anstellung an einer Universität oder Hochschule mit einem Auftrag verbinden, tatsächlich Wissenschaft zu betreiben. Statt dessen findet man dort immer häufiger Personen, die meinen, dass sie die Anstellung an einer Universität oder Hochschule zu Wissenschaftlern mache. Für sie ist das Wissenschaftler-Sein also eine rein formale Angelegenheit; sie hat wenig oder sogar nichts mit der Idee der Wissenschaft und einem entsprechenden Verhalten zu tun. Politische Eingriffe sind für diese bedauernde und für die gesamte Gesellschaft sehr nachteilige Entwicklung sicherlich zumindest mitverantwortlich. Sie zeigen sich oder schlagen sich nieder z.B. in der Finanzierung bestimmter Forschungsvorhaben, aber nicht bestimmter anderer Forschungsvorhaben, in der Steuerung von Stellenbesetzungen über staatliche Programme wie das [Professorinnenprogramm](#) und ganz allgemein darin, dass kollektive Ideologien, die (derzeit) sozialistische Inhalte transportieren, und Ideologien wie z.B. der Genderismus an Hochschulen nicht nur geduldet, sondern bewusst als politische Mittel zur Rekrutierung von so genannten Multiplikatoren etabliert wurden und weiterhin gefördert werden.

Insofern ist die institutionalisierte Wissenschaft in Deutschland auf dem Weg zu einer totalen Institution, die mit der ideologischen Schließung von Geist und Lernbereitschaft einhergeht, die wiederum das Ende der wissenschaftlichen Suche

nach Erkenntnis bedeutet, denn: Ideologen suchen nicht, sie wissen schon, sie sind im Besitz der Wahrheit.

Die Tatsache, dass Personen, die als wissenschaftliches Personal an Universitäten oder Hochschulen angestellt sind und deshalb (und oft nur) formal Wissenschaftler sind, immer häufiger mit umfangreichen Bewertungen, die auf keinerlei empirischer Basis beruhen, in der Öffentlichkeit auftreten, und die Tatsache, dass (vor allem) in den Sozialwissenschaften die Suche nach Erkenntnis, die theoretisch begründet ist und Kritik beinhaltet, zunehmend von der Vertextung der eigenen ideologischen Glaubensinhalte in Publikationen des immer selben Inhalts abgelöst wird, sind deutliche Indikatoren für den Niedergang von Wissenschaft, denn da, wo sich Ideologie ausbreitet, ist für Wissenschaft kein Platz.² Und umgekehrt: Wer

²

Beispiele hierfür bieten von Angestellten an Universitäten oder Hochschulen durchgeführte und letztlich verantwortete Studien, die sie im Auftrag und finanziert gewöhnlich von Bundesministerien oder Parteien nahestehenden Stiftungen verfassen. Ihre Zielsetzung ist nicht Erkenntnisgewinn, sondern Legitimation politischer, bereits entschiedener Marschrichtungen: Daten werden nur gewonnen bzw. es werden nur solche Daten gewonnen, die die politische Marschrichtung als gut oder richtig oder relevant oder sogar notwendig erscheinen lassen, auch, wenn sie es schwerlich ist. Dies illustriert z.B. das Machwerk "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland", das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (für die "Rest"-Kategorien von Menschen aber nicht) in Auftrag gegeben und finanziert wurde. Sicherlich nicht zufällig wurden als Brückenköpfe für die Legitimation der Aufwendung von Steuergeldern für offensichtlich bereits geplante "Hilfebedarfe" (BMFSFJ 2013: 7) von Frauen Angestellte am "Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität-Bielefeld, genau: Frau Dr. Müller und Frau Dr. Schrottle als Projektleiterinnen bemüht; "nicht zufällig" deshalb, weil solche Einrichtungen überhaupt erst dazu geschaffen wurden, die derzeit politisch korrekte Politik der Frauenbevorzugung an Universitäten zu etablieren, damit sie als wissenschaftlich erscheint bzw. als irgendwie "richtig" bzw. gerechtfertigt, jedenfalls irgendwie durch etwas anderes motiviert als durch Vorteilsnahme, und ihnen bzw. dem dort beschäftigten Personal deshalb diese Aufgabe, vermeintlich wissenschaftliche Studien, die die politische Heilsidee rechtfertigen sollen, quasi natürlicherweise zufällt. Auf den Punkt gebracht: Wenn man sich Multiplikatoren leistet und sie in wissenschaftlichen Einrichtungen lanciert, dann sollen sie gefälligst auch etwas tun für die gute Sache und für ihren Financier! "Nicht zufällig" aber auch deshalb, weil bei diesem Personal nicht mit Widerständen zu rechnen ist, mit denen zu rechnen wäre, wenn man den Auftrag zur Durchführung einer solchen vermeintlichen Studie an unabhängige Wissenschaftler vergeben wollte oder müsste, denn solche Wissenschaftler wären schwerlich bereit, die Ergebnisse der "Studie" möglichst dem gewünschten Ergebnis anzupassen oder sicherzustellen, dass die "Studie" auch das gewünschte Ergebnis erbringt. In der oben genannten Studie hat man sich nicht anders zu helfen gewusst, als die Befragung von Personen nach Gewalterfahrungen von vornherein auf Frauen zu beschränken und außerdem bewusst auch solche Frauen zu rekrutieren, von denen anscheinend angenommen wurde, dass sie eine vergleichsweise hohe Wahrscheinlichkeit hätten, Gewalterfahrungen durch Männer gemacht zu haben, u.a. Prostituierte, also Frauen, um die man sich bei Befragungen durch Bundesinstitute oder Forschungsinstitute, die im Auftrag handeln, gewöhnlich nicht schert. Pikant ist in diesem Zusammenhang, auf welche drastische Weise die Angestellten am Bundesministerium ihre kulturellen Vorurteile zeigen, die sie sonst gerne "Rechten" unterstellen: Neben Prostituierten wurden speziell türkische und osteuropäische Migrantinnen angesprochen. Offensichtlich

Wissenschaft betreibt, kann Ideologien als solche identifizieren und mit Argumenten und durch Verweis auf Fakten bekämpfen.

meinte man am Bundesministerium, dass diese Frauen aus irgendwie rückständigen kulturellen Kontexten kämen, in denen die Prügelei von Frauen durch Männer eine Art Volkssport sei. Vermutlich ist dies wiederum Ausdruck des längst überholten Unsinn, der in der Behauptung eines irgendwann irgendwo existierenden Patriarchats besteht, die - wie gesagt - längst überholt ist und von der sich Anthropologen ebenso wie moderne Feministinnen bewusst distanzieren (vgl hierzu [Diefenbach, 2012](#)). Darüber hinaus dachte man, dass es eine gute Idee sei, "Gewalterfahrungen" möglichst weit zu fassen, also z.B. auch hochsubjektive psychische Gewalt mit einzubeziehen, um die Anzahl der Frauen, die Gewalterfahrungen (vorzugsweise mit Männern) gemacht haben, möglichst zu erhöhen. Gefragt wurde übrigens nach mindestens einer Gewalterfahrung irgendwann im Leben (!). Und selbstverständlich wurde wieder einmal das Konstrukt von der Repräsentativität bemüht, um die Ergebnisse als verallgemeinerbar erscheinen zu lassen. Der ganze Manipulationsaufwand, der den Steuerzahler eine Menge Geld gekostet hat, hat für das Bundesministerium wenig Verwertbares erbracht: wenn man die hochsubjektiven und daher mehr oder weniger gänzlich zu vernachlässigenden Angaben zu Erfahrungen mit psychischer Gewalt ausschließt, dann berichten gerade einmal schlappe 10,2% der befragten Frauen von körperlichen "Gewalterfahrungen" (diese Zahl errechnet sich, wenn man die von den Autorinnen des Textes angegebene Zahl von "Betroffenen" von körperlichen Gewalterfahrungen (N=1.045) durch die Anzahl der 10.264 Interviews dividiert, die angeblich durchgeführt wurden (BMfSFJ 2013: 8; 14), und 491 der 1.045 irgendwann in ihrem Leben einmal von körperlicher Gewalt "[b]etroffenen" Frauen gaben an, sie "ausschließlich oder überwiegend durch Männer erlebt zu haben" (BMfSFJ 2013: 16). Man fragt sich, warum die Autorinnen des Berichtes es notwendig fanden, die beiden Kategorien "ausschließlich" und "überwiegend" zusammenzuwerfen. Vermutlich wären von den 491 Frauen kaum welche übrig geblieben, wenn man hätte ausweisen wollen, wie viele Frauen, die irgendwann in ihrem Leben körperliche Gewalt erfahren haben, sie ausschließlich durch Männer erfahren haben. Dennoch versteigt man sich zu der Aussage "Die Untersuchung bestätigt [aha, man hat es also vorher schon "gewusst"!], dass Gewalt gegen Frauen überwiegend häusliche Gewalt durch männliche Beziehungspartner ist" (BMfSFJ 2013: 16). Möglicherweise hätte sich (statt dessen?) gezeigt, dass Gewalt gegen Männer überwiegend häusliche Gewalt durch weibliche Beziehungspartner ist - hätte man Männer befragt und ihre Gewalterfahrungen einer Erhebung für würdig befunden. Es kann vor dem Hintergrund des Beschriebenen nicht mehr verwundern, dass die BMfSFJ-Publikation auch insofern gegen die Regeln wissenschaftlichen Arbeitens oder auch nur Regeln des Anstands verstößt als behauptet wird: "Entgegen kultureller (Vor-)Urteile[...], Männer übten mehr physische und Frauen dafür mehr physische Gewalt aus, waren auch bei der psychischen Gewalt, die Frauen erlebten, in höherem Maße Männer beteiligt" (BMfSFJ 2013: 16), Jeden Verweis auf Literatur, der man dieses "kulturelle (Vor-)Urteil[...]" entnehmen könnte oder die ggf. geeignet wäre zu zeigen, dass es sich beim unterstellten "(Vor-)Urteil[...]" tatsächlich um ein solches handelt und nicht um einen empirisch belegten Zusammenhang, bleiben die Verfasser dieses Textes schuldig. Darüber hinaus tun sie so, als könne das von ihnen so klassifizierte "kulturelle (Vor-)Urteil[...]" durch die Berücksichtigung allein von Daten über von *Frauen* berichtete und vielleicht sogar tatsächlich erfahrene Gewalterfahrungen falsifiziert werden. Ob dieser Fehlschluss aus Unkenntnis oder absichtlich erfolgt ist, können wir nicht beurteilen, aber die unsachliche Darstellung des Zusammenhangs zwischen Geschlecht und überwiegend verwendeter Art von Gewalt als "kulturelle[s] (Vor-)Urteil[...]" sowie die Tatsache, dass man meinte, mit dieser (Ab-)Qualifizierung des Zusammenhangs sein ideologisches Ziel zu erreichen und auf keinerlei entsprechende Literatur hinzuweisen, legt die Vermutung nahe, dass der Fehlschluss absichtlich und **in Täuschungsabsicht** gezogen wurde. Diese Ausführungen sollten hinreichend sein, um zu illustrieren, dass mit der Etablierung von Multiplikatoren für Ideologien an Universitäten und Hochschulen die Illusion geschaffen wurde, dass Publikationen derselben wissenschaftliche Publikationen seien, die tatsächlich in keiner Weise die Anforderungen erfüllen (können oder wollen), denen wissenschaftliche Arbeiten gerecht werden müssen. Durch solche Täuschungsmanöver wird Wissenschaft, zumindest die Sozialwissenschaft, in der interessierten Öffentlichkeit ob der offensichtlich niedrigen Qualität der von ihr produzierten "Studien" der Lächerlichkeit preisgegeben.

2. Die Objektivität des Wissenschaftlers und seine liberale Grundhaltung

Es gibt auf unserem Blog „ScienceFiles“ immer einmal wieder einen Kommentatoren, der sich daran stört, dass die Artikel, die unter der Überschrift "kritische Wissenschaft" stehen, eine Meinungsäußerung oder Bewertung enthalten. Die entsprechenden Kommentatoren scheinen zu meinen, als kritischer Wissenschaftler habe man sich auf die Beschreibung von Fakten und deren Erklärung zu beschränken und dürfe keine Werturteile abgeben, auch nicht auf einem Weblog, das als eine Art Tagebuch die persönliche und manchmal sehr spontane Dokumentation von Überlegungen zu bestimmten Themen enthält.

Richtig ist, dass Wissenschaftler sich zunächst um eine *möglichst objektive und neutrale Bestandsaufnahme von Fakten und Zusammenhängen* bemühen oder zumindest bemühen sollen. Dabei soll "objektiv[...]" und "neutral[...]" bedeuten, dass ein Wissenschaftler bei der Beschreibung eines Phänomens oder einer Sache nach bestem Wissen und Gewissen vorgeht, also nicht bewusst Dinge auslässt, Widersprüchliches herunterspielt, Positionen, die er persönlich nicht mag, ignoriert oder in der Darstellung verbal diskreditiert und allgemein möglichst wertfrei formuliert.

Dies bedeutet aber nicht, dass ein Wissenschaftler sich jeder Einschätzung oder Bewertung in der Darstellung enthalten müsse. Wenn er Bewertungen vornimmt, sollte er aber zwei Regeln befolgen:

- Seine Einschätzung oder Bewertung soll er *als solche klar erkennbar* machen, also mit sprachlichen oder optischen Mitteln von der Beschreibung absetzen, damit ersichtlich wird, was die Fakten sind, die er darstellt (oder was er für die Fakten hält), und was seine Interpretation oder Bewertung der Fakten ist; der Bericht des Wissenschaftlers von Sachverhalten oder Argumentationen ist also von ihrer Bewertung durch den Wissenschaftler klar zu unterscheiden.

- Der Wissenschaftler soll nachvollziehbar machen, wie er zu seiner Einschätzung oder Bewertung kommt; anders gesagt: er soll deutlich machen, wie sich seine Bewertung als *Schlussfolgerung* aus den beschriebenen Fakten und seinen Prämissen (Vorannahmen), die er z.B. durch Formulierungen wie „wenn man davon ausgeht, dass...“ o.Ä. erkennbar machen soll, ergibt. Nur dann ist es möglich zu prüfen, ob die Schlussfolgerung richtig ist oder unter welchen Bedingungen sie richtig ist und unter welchen nicht. Und vor allem ist nur dann gewährleistet, dass die Einschätzung oder Bewertung eines Wissenschaftlers nicht das Ergebnis seiner subjektiven (vielleicht irrationalen) Vorlieben ist und nicht schon seine Beschreibung durch seine persönliche (unbegründete) Meinung gefärbt ist. Andernfalls teilt er nur mit, dass er bestimmte Sachverhalte oder Argumentationen warum auch immer nicht mag, was niemanden interessiert und woraus niemand etwas lernen kann.

Kurz: eine vernünftige Einschätzung oder Bewertung muss das Ergebnis einer möglichst neutral gehaltenen Bestandsaufnahme sein. Eine Beschreibung darf nicht – umgekehrt – das Ergebnis einer (vorgefassten oder unbegründeten) Einschätzung, Bewertung oder Meinung sein.

Oder: „Analysts do not achieve objective analysis by avoiding preconceptions; that would be ignorance or self-delusion. Objectivity is achieved by making basic assumptions and reasoning as explicit as possible so that they can be challenged by others and analysts can, themselves, examine their validity” (Heuer 1999: 10)

Zu vernünftigen Einschätzungen kommt man umso einfacher, je eher man einen kritischen Denkstil hat bzw. kritisch denken kann, also von ideologischen Scheuklappen und Berührungsängsten mit Andersdenkenden frei ist, wenn man es sich psychologisch also leisten kann, ein Freidenker zu sein. Wer angstbesetzt ist oder sich mit bestimmten sozialen Gruppen oder Gruppierungen identifiziert, um dazuzugehören, sich bestimmten Interessengruppen oder Parteien verpflichtet fühlt, unabhängig davon, wie gut die Position, die sie gerade vertreten, durch die Fakten (und bestimmte Prämissen) begründet ist und wie sie sich zu anderen von ihnen vertretenen Positionen verhält, kann normalerweise nicht frei denken, sondern

bewegt sich in seinem Denken immer schon in einem Rahmen, der durch seine Identifikation mit diesen Gruppierungen oder Parteien gesetzt wird.

Kritisches Denken kann aber nicht auf Sympathien und Antipathien oder schlichter Ignoranz gegen Ungeliebtes beruhen, denn dies würde genau das bewirken, was oben schon bemerkt wurde, nämlich dass man in seiner Bestandsaufnahme der Sachverhalte und Argumentationen nicht mehr objektiv und neutral sein kann oder will. Vielmehr ist die Beschreibung dann schon durch vorgefasste Meinungen gefärbt und daher zur Aufklärung über Verhältnisse und Konsequenzen von Handlungen ungeeignet oder bestenfalls nur eingeschränkt geeignet.

Als ein kognitiver Stil hängt kritisches Denkens mit einer liberalen Grundhaltung eng zusammen. Sie zeichnet sich ihrerseits durch eine prinzipielle Offenheit für (neue) Erfahrungen aus, wie sie in der Psychologie als einer der fünf grundlegenden Persönlichkeitsfaktoren (der so genannten „Big Five“) beschrieben ist:

„Openness to Experience is characterized by such attributes as openmindedness, active imagination, preference for variety, and independence of judgment“ (Zhang 2002: 447), und „... people who are high on the legislative, judicial, and liberal thinking styles also tend to be open-minded, imaginative, and perceptive“ (Zhang 2002: 453).

Jemand mit einer liberalen Grundhaltung lässt sich auch negativ bestimmen: Es ist jemand, der sich nicht mehr oder weniger fraglos Autoritäten unterwirft (Peterson, Smirles & Wentworth 1997). Und dies wiederum verweist direkt auf den Fehlschluss des argumentum ad auctoritatem, der aus Unaufmerksamkeit begangen werden kann, aber auch als Denkstil etabliert sein kann, den eine autoritäre Persönlichkeit und einen dogmatischen Denker charakterisiert.³

³ Denkstile und Persönlichkeitsfaktoren hängen also miteinander zusammen, fallen aber nicht zusammen, d.h. das eine determiniert das andere nicht vollständig. Auch dann, wenn man sich nicht schon durch eine liberale Grundhaltung (wie oben beschrieben) auszeichnet, kann man bewusst einüben, die Dinge aus einer anderen oder mehreren anderen Perspektiven zu sehen; entsprechende Techniken wie „Des Teufels Advokat“ oder „Die Kristallkugel“ stehen zur Verfügung (einen sehr kurzen Überblick hierzu bietet Heuer 1999: 71-73). Wichtig ist allerdings, dass die hierdurch gewonnene Offenheit nicht dazu führt, sich Bewertungen gänzlich zu enthalten oder sich in Beliebigkeit aufzulösen. Die gewonnene Offenheit soll lediglich dazu führen, dass man sich seiner eigenen Prämissen und der Legitimität anderer Prämissen und der möglichen Existenz und Zulässigkeit anderer Erklärungen für die Dinge bewusst wird und dass man – wie oben gesagt – durch Schlussfolgerungen hieraus und aus

Für den Wissenschaftler bzw. den im oben beschriebenen Sinn notwendigerweise liberalen Wissenschaftler gibt es aus unserer Sicht nicht nur *keine* Verpflichtung, sich aller Bewertungen zu enthalten, sondern – im Gegenteil – eine Verpflichtung, sich im öffentlichen Diskurs einzubringen: **erstens** ist er es den Steuerzahlern zumindest schuldig, dass er sein ggf. vorhandenes spezielles (Fakten-/)Wissen über bestimmte Fragen oder einen bestimmten Bereich bereitstellt, und **zweitens** meinen wir, dass es eine (moralische) Verpflichtung von Wissenschaftlern gibt, darauf hinzuweisen, wenn sich bestimmte Einschätzungen oder Bewertungen als Schlussfolgerungen aus diesem Wissen und aus bestimmten Prämissen, den eigenen oder denjenigen anderer Personen, ergeben.

Insofern stehen wir in der Tradition von Max Weber, der ebenfalls der Ansicht ist, Wissenschaft müsse die Konsequenzen aufzeigen, die mit der praktischen Umsetzung bestimmter Erkenntnisse und Überzeugungen auf die gesellschaftliche Wirklichkeit verbunden sind:

“... man kann zu dem Wertproblem, um das es sich jeweils handelt ..., praktisch die und die verschiedene Stellung einnehmen. WENN man die und die Stellung einnimmt, so muss man nach den Erfahrungen der Wissenschaft die und die MITTEL anwenden, um sie praktisch zur Durchführung zu bringen. Diese Mittel sind nun vielleicht schon an sich solche, die Sie ablehnen zu müssen glauben. Dann muss man zwischen dem Zweck und den unvermeidlichen Mitteln wählen. ... Der Lehrer ... [bzw. Wissenschaftler; Weber meint hier den Studenten lehrenden Universitätsdozenten] kann Ihnen ferner natürlich sagen: wenn Sie den und den Zweck wollen, dann müssen Sie die und die Nebenerfolge, die dann erfahrungsgemäß eintreten, mit in Kauf nehmen. ... Indessen sind das alles noch Probleme, wie sie für jeden Techniker auch entstehen können, der ja auch in zahlreichen Fällen nach dem Prinzip des kleineren Übels oder des relativ Besten sich entscheiden muss. Nur dass für ihn die

der Kenntnis der Fakten zu seinen Bewertungen kommt. Vor diesem Hintergrund ist nicht einsehbar, warum Kandidaten für eine Anstellung als wissenschaftliches Personal an einer Universität oder Hochschulen nicht einem psychologischen Test unterzogen werden sollten, der bei der Entscheidung über ihre Anstellung berücksichtigt werden muss. Schließlich sind psychologische Tests als Bestandteil von Entscheidungsfindungsprozessen über die Anstellung von Person in allen beruflichen Sparten nicht nur üblich, sondern sie werden auch für notwendig erachtet, um dem Stellenprofil möglichst gut entsprechende Kandidaten identifizieren zu können. Warum sollte ausgerechnet bei vom Steuerzahler finanziertem Personal, das Wissenschaft betreiben soll, in Kauf genommen werden, dass seine Persönlichkeitsstruktur und sein Denkstil hierzu gar nicht geeignet sind?

Hauptsache, gegeben zu sein pflegt: der ZWECK. Aber eben dies ist nun für uns, sobald es sich um wirklich 'letzte' Probleme handelt, NICHT der Fall. Und damit erst gelangen wir zu der letzten Leistung, welche die Wissenschaft als solche im Dienste der Klarheit vollbringen kann, und zugleich zu ihren Grenzen: wir können – und sollen – Ihnen auch sagen: die und die praktische Stellungnahme lässt sich mit innerer Konsequenz und also: Ehrlichkeit ihrem SINN nach ableiten aus der und der letzten weltanschauungsmäßigen Grundposition – es kann sein, aus nur einer, oder es können vielleicht verschiedene sein-, aber aus den und den anderen nicht. Ihr dient, bildlich geredet, diesem Gott UND KRÄNKT JENEN ANDEREN, wenn Ihr Euch für diese Stellungnahme entschließt. Denn Ihr kommt notwendig zu diesen und diesen letzten inneren sinnhaften KONSEQUENZEN, wenn Ihr Euch treu bleibt. ... Ich bin auch hier versucht, ..., zu sagen: er [der Lehrer bzw. Wissenschaftler] stehe im Dienst 'sittlicher' Mächte: der Pflicht, Klarheit und Verantwortungsgefühl zu schaffen, und ich glaube, er wird dieser Leistung um so eher fähig sein, je gewissenhafter er es vermeidet, seinerseits dem Zuhörer eine Stellungnahme aufoktroieren oder ansuggerieren zu wollen (Weber 1994[1919]: 19/20; Hervorhebungen im Original)."

Wissenschaftlern kommt also für Max Weber ebenso wie für uns eine *Aufklärungsfunktion* zu, was nicht dasselbe ist wie eine *Weisungsfunktion*. Zum Handeln oder zum Unterlassen anweisen kann unserer Auffassung nach nur das eigene Denken und das eigene Gewissen. Wir sind also dem Liberalismus und dem ihm zugrunde liegenden Menschenbild der Aufklärung verpflichtet, d.h. wir gehen davon aus, dass jeder Mensch vernunftbegabt ist und dass es zu seinem Besten und dem seiner Mitmenschen ist, wenn er sich von seiner Vernunft leiten lässt und mit anderen Menschen den vernünftigen (!) Austausch sucht (wenn er nicht vernünftig erfolgt, dann unterbleibt er besser gänzlich).⁴

Das setzt allerdings voraus, dass das auch *möglich* ist, dass also keine ideologische begründeten Denkverbote oder Tabus existieren, wie sie z.B. durch politisch (!, also nicht oder nicht notwendigerweise sachlich) korrekte Sprechweisen durchgesetzt

⁴ Kritiker der Aufklärung bzw. dieser Überzeugungen bezeichnen sie gerne als „Rationalismus“, den sie teilweise als „kalt“ etikettieren, um ihm die „warme“ Emotion entgegenzusetzen, was natürlich ein Wortspiel ist, das an die Emotion, die mit „Menschlichkeit“ gleichgesetzt wird, appellieren soll (bzw. soll Menschlichkeit auf Emotionalität reduziert werden), womit aber eben nur ausgesagt wird, dass derjenige, der solches vorbringt, sich dem Menschenbild der Aufklärung nicht verpflichtet fühlt. Er bringt also kein *Argument* gegen dieses Menschenbild vor und wüsste auch gar nicht, warum er das tun sollte, denn die Forderung eines Arguments wäre ja schon wieder eine rationalistische Forderung.

werden sollen, dass keine Einschränkung des Rechtes auf freie Rede und des Zugangs zu Informationen, also keine Zensur, herrscht.

Wer also z.B. freie Rede für Herrn Sarrazin und für Frau Wanka fordert, ist nicht abwechselnd „rechts“ oder „links“, sondern gibt einfach nur seiner liberalen Grundhaltung Ausdruck. Es ist allerdings kaum verwunderlich, wenn Herr Sarrazin einem liberalen Menschen vorwerfen würde, „links“ zu sein, wenn er Frau Wanka reden lassen bzw. zuhören will, und Frau Wanka demselben Menschen vorwerfen würde, „rechts“ zu sein, wenn er Herrn Sarrazin reden lassen will bzw. ihm zuhören will. Und vielleicht ist das der Grund dafür, warum eine liberale Grundhaltung für einige Menschen schwierig einzunehmen ist: eine liberale Grundhaltung läuft grundsätzlich Gefahr, von *allen anderen* weltanschaulichen Lagern als der Feind identifiziert und bekämpft zu werden. Eine liberale Grundhaltung ist aber die einzige Grundhaltung, die persönliche Integrität ermöglicht, und sie ist darüber hinaus die einzige, die mittel- und langfristig ein friedliches Zusammenleben von Menschen gewährleisten kann. Für jemanden mit einer liberalen Grundhaltung sind Einordnungen von Positionen als „links“ oder „rechts“ mehr oder weniger sinnlos, weil jede Entscheidungs- und Bewertungsfrage in ihrem eigenen Recht vor dem Hintergrund der beobachtbaren Fakten und bestimmter anzugebender Prämissen zu beantworten ist und nicht in Abhängigkeit von bestimmten weltanschaulichen Dogmen.

Aber ist es nicht auch ein weltanschauliches Dogma, wenn man – wie wir – postuliert, dass Wissenschaftler kritisch denken und eine liberale Grundhaltung einnehmen sollen? Wir beantworten diese Frage negativ: nein, es ist kein Dogma. Wir machen zwar eine normative oder Soll-Aussage – wie gesagt: Liberalismus hat nichts mit Beliebigkeit zu tun –, aber wir bemühen uns darum, mitzuteilen, welche Prämissen wir zugrunde legen (wie unser Bild vom Menschen als vernunftbegabtem Wesen) bzw. warum wir sie formulieren (z.B. weil wir denken, dass von Steuerzahlern finanzierte Wissenschaftler den Steuerzahlern im Zuge des Reziprozitätsgebotes etwas für sie Nützliches zurückgeben sollten). Damit stellen wir eine Basis bereit, auf der man sich mit unserer normativen Aussage auseinandersetzen und ihr ggf. begründet (!) widersprechen kann. Die normative

Aussage steht deshalb prinzipiell zur Diskussion; sie ist kein Dogma, das sich der Diskussion zu entziehen sucht.

3. Liberalismus als Ordnungsrahmen der und für die Wissenschaft

Wir haben dargelegt, warum ein Wissenschaftler eine liberale Grundhaltung, ein "open mind", haben muss, um überhaupt dazu befähigt zu sein, Wissenschaft zu betreiben. Wir haben darüber hinaus festgestellt, dass sich ein Wissenschaftler u.E. nicht in seinen Elfenbeinturm zurückziehen darf, um von dort aus die Welt, die ihn umgibt, zu beobachten und mit dieser Welt nur insofern in Kontakt tritt als er aus ihr sein Salär entgegennimmt, sondern dass er aufgrund seiner Funktion für eine Gesellschaft und aufgrund eben seiner zumeist aus Steuermitteln finanzierten Tätigkeit an einer Universität oder Hochschule geradezu verpflichtet ist, im öffentlichen Diskurs auf der Basis seiner wissenschaftlichen Erkenntnis auf in einem bestimmten Kontext relevante Zusammenhänge hinzuweisen und dies auf eine verständliche und möglichst für jeden nachvollziehbare Art und Weise zu tun. Auf dieser Basis kann er im öffentlichen Diskurs Bewertungen vorbringen, aber er muss sie auf nachvollziehbare Art begründen und zur Diskussion stellen, statt sie bloß zu verkünden. Dies ist ihm aber nur möglich, wenn er eine liberale Grundhaltung einnimmt, und die liberale Grundhaltung erfordert es auch, dass er neue Argumente, mit denen er konfrontiert wird, aufnimmt und würdigt. Ggf. muss er bereit sein, seine Bewertung zu ändern, wenn neue Informationen oder Argumentationen zu Schlussfolgerungen führen, die im Gegensatz zu seiner bisherigen Bewertung stehen. Es sollte also bis hierhin klar geworden sein, dass und warum jemand, der sich als Wissenschaftler versteht und Wissenschaft betreiben möchte (und nicht z.B. politische Agitation), nur eine liberale Haltung einnehmen kann. Umgekehrt lässt sich formulieren: **Wer keine liberale Grundhaltung einzunehmen bereit oder im Stande ist, kann kein Wissenschaftler sein**, ungeachtet einer vielleicht vorhandenen Anstellung an einer Universität oder Hochschule oder einem Forschungsinstitut mit Anspruch auf Wissenschaftlichkeit

Damit sind die individuellen Voraussetzungen von Wissenschaft beschrieben. Diese individuellen Voraussetzungen sind notwendig, aber nicht hinreichend, damit jemand Wissenschaft in einer Gesellschaft betreiben kann bzw. Wissenschaft in einer Gesellschaft betrieben werden kann: Damit diese individuellen Voraussetzungen effizient und effektiv zum Erkenntnisgewinn eingesetzt werden können, bedarf es einer Reihe von *Randbedingungen*, die einen freien Markt für wissenschaftliche Theorien und daraus abgeleiteten Praktiken konstituieren. Nur ein freier Markt für und Wettbewerb zwischen wissenschaftlichen Theorien und aus ihnen abgeleiteten Praktiken kann Erkenntnisgewinn befördern. Wissenschaft erfordert daher neben einer liberalen Grundhaltung individueller Menschen einen politischen und wirtschaftlichen Liberalismus.

Beschränkungen der Möglichkeit für Erkenntnisgewinn bestehen z.B., wenn Stammzellenforschung verboten ist, wenn bestimmte Arten oder ganze Zweige wissenschaftlicher Forschung unterbunden werden, weil die Möglichkeit besteht, dass die [Forschungsergebnisse nicht zivil genutzt werden](#) könnten oder wenn Wissenschaftlern mit moralischer Entrüstung begegnet wird und sie unter (zumindest: moralischen) Druck gesetzt werden, wenn sie eine Forschung durchführen wollen, die gegen den herrschenden Zeitgeist verstößt.

Das bedeutet für uns nicht, dass in der Wissenschaft oder um der Wissenschaft willen alles ohne Ausnahme erlaubt sein muss, aber wir sind der Auffassung, dass diese Grenzen so weit wie irgend möglich gehalten werden sollten. Für uns verläuft die Grenze für wissenschaftliche Forschung dort, wo eine Forschung den Kantschen kategorischen Imperativ bzw. den Kantschen praktischen Imperativ, den wir übrigens als auf alle Lebewesen bezogen betrachten, verletzt.

Kants kategorischer Imperativ lautet:

"handle so, dass die *Maxime* deiner Handlung ein allgemeines Gesetz werden könne" (Kant 1870[1797]: 222; Hervorhebung im Original).

Wir sehen – wie Kant – im kategorischen Imperativ eine Anwendung von Rationalität. Dementsprechend ist ein Verhalten, das gegen den kategorischen Imperativ verstößt, irrationales und unmoralisches Verhalten zugleich.

Für Kant ist der kategorische Imperativ eine Schlussfolgerung, zu der jeder moralische Mensch aufgrund der ihm eigenen Rationalität gelangen **muss**. Und weil tugendhaftes Handeln für Kant ein Handeln aus der Pflicht heraus ist, zu der sich der Mensch freiwillig und vernünftigerweise bekennt (Kant 1870[1797]: 226), kann man Kant folgend sagen, dass für Menschen, die sich "tugendhaft" – heute würde man vielleicht sagen: "anständig" – verhalten, ihre Rationalität handlungsleitend ist. Ein Verhalten, das gegen den kategorischen Imperativ verstößt, ist deshalb *irrational und unmoralisch zugleich*.

Nach Kant gehört es auch zu den Tugendpflichten des Menschen, andere Menschen nicht als bloße Mittel zum Zweck zu betrachten, sondern sie "für uns zu Zwecken zu machen" (Kant 1870[1797]: 227), denn nur dann können wir selbst den Anspruch erheben, dass andere Menschen uns nicht bloß als Mittel zu ihren persönlichen Zwecken betrachten und benutzen, sondern uns als Zwecke an und für uns selbst respektieren. Es handelt sich hier um den von Kant selbst so bezeichneten "praktischen[n] Imperativ", den er wie folgt erläutert:

"Das oberste Prinzip der Tugendlehre ist: handle nach einer Maxime der Zwecke, die zu haben für Jedermann ein allgemeines Gesetz sein kann. – Nach diesem Prinzip ist der Mensch sowohl sich selbst, als Anderen Zweck, und es ist nicht genug, dass er weder sich selbst, noch Andere bloss als Mittel zu brauchen befugt ist (dabei er doch gegen sie auch indifferent sein kann) sondern den Menschen überhaupt sich zum Zwecke zu machen, ist an sich selbst des Menschen Pflicht. Dieser Grundsatz der Tugendlehre verstatet, als ein kategorischer Imperativ, keinen Beweis, aber wohl eine Deduktion aus der reinen praktischen Vernunft" (Kant 1838[1797]: 230; vgl. hierzu Kant 1786[1785]: 53).

Dadurch ist ausgeschlossen, dass Menschen von Menschen als Mittel zum Zweck missbraucht werden können, wie dies z.B. in der [Magisterarbeit von Hinrich Rosenbrock](#)⁷ der Fall ist, in der Personen und deren Äußerungen, die er einer deutschsprachigen Männerbewegung zuordnet (von der noch zu zeigen wäre, dass es sie überhaupt gibt,) als Mittel benutzt werden, um eine von Rosenbrock

⁷

Die Magisterarbeit wurde bei Ilse Lenz geschrieben und ist als Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung erschienen. Ob die Magisterarbeit nachträglich an die Böll-Stiftung verkauft wurde oder von der Böll-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, ist eine bislang offene Frage.

behauptete Männerbewegung (von der noch zu zeigen wäre, dass es sie gibt,) zu diskreditieren. Wie gesagt fassen wir unter den kategorischen bzw. praktischen Imperativ nicht nur Menschen, sondern alle Lebewesen.

Vom kategorischen bzw. dem praktischen Imperativ nach Kant ausgehend, kann nunmehr auf Basis einer Darstellung von Sinn und Zweck von Wissenschaft argumentiert werden, warum Wissenschaft nicht anders denn als ein liberales Unterfangen betrieben werden kann (ja, gar nicht anders denkbar ist,) und warum deshalb nur ein freier Markt dazu geeignet ist, das Potential von Wissenschaft voll zu entfalten.

4. Sinn und Zweck von Wissenschaft

Das Ziel von Wissenschaft ist Erkenntnisgewinn: Es geht darum, in der Realität, d.h. in der beobachtbaren Wirklichkeit, bestehende Zusammenhänge zu entdecken und damit bestimmte Sachverhalte erklären zu können und die entdeckten Zusammenhänge nutzbar zu machen, d.h. für spezifische Problemstellungen Lösungen zu finden, die in der der Realität wie beabsichtigt funktionieren. Am ehesten lernt man etwas über Zusammenhänge, wenn man aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf immer das selbe Problem blickt und nach verschiedenen Erklärungen oder Lösungen sucht. Verschiedene Erklärungen oder Lösungen zu entwickeln und in Erwägung zu ziehen, hat den Vorteil, dass eine Konkurrenz um die beste Erklärung oder Lösung entsteht, so dass gewährleistet ist, dass Sachverhalte möglichst gut erklärt oder Probleme möglichst effizient gelöst werden können. Verschiedene Erklärungen oder Lösungen resultieren ihrerseits aus den verschiedenen Herangehensweisen an ein Problem oder - auf die Wissenschaft bezogen - aus der Anwendung unterschiedlicher wissenschaftlicher Theorien.

Um effiziente Lösungen für neue Probleme (bzw. Erklärungen für Sachverhalte) zu identifizieren, hat Karl Raimund Popper (1994) vorgeschlagen, die relative Überlegenheit einer Theorie über andere Theorien anhand ihres Bewährungsgrades zu bestimmen. D.h. zur Erklärung von Sachverhalten oder zur Lösung neuer Probleme sollen zunächst diejenigen Theorien herangezogen werden, die sich in der Vergangenheit schon als dazu geeignet erwiesen haben, bestimmte (mit dem neuen Sachverhalt oder Problem vergleichbare) Sachverhalte zu erklären oder Probleme zu lösen. Popper fasst den Bewährungsgrad einer Theorie als die Anzahl überstandener Falsifikationsversuche, also als die Anzahl der Versuche, die Theorie zu widerlegen, die gescheitert sind, die die Theorie also unbeschadet überstanden hat. Dazu ist es notwendig ,dass man eine Idee oder Theorie überhaupt an der Realität testen kann, was voraussetzt, dass die entsprechende Idee oder Theorie auch etwas über die Wirklichkeit aussagt, denn nur dann kann sie an ihr scheitern.

Der grundsätzliche Anspruch an eine wissenschaftliche Erklärung eines Sachverhaltes oder eine Lösung für ein Problem besteht also darin, dass sie an der Realität scheitern kann. Von einer wissenschaftlichen Erklärung oder Lösung ist aber

nicht gefordert, dass sie im Einklang mit einer herrschenden Ideologie, der Mehrheitsmeinung oder einer Tradition steht. Lediglich die Moralität von Menschen, die über den kategorischen bzw. praktischen Imperativ definiert ist, und die (Un-)Fähigkeit dieser Menschen zum logisch korrekten Argumentieren begrenzt den Möglichkeitsraum für wissenschaftliche Erklärungen oder Lösungen.

Um die Möglichkeit zu maximieren, dass die effizienteste Lösung für ein Problem oder Erklärung für einen Sachverhalt gefunden wird, ist es also notwendig, *keine* im Prinzip falsifizierbare und in sich widerspruchsfreie Theorie, die vorgebracht wird, von vornherein aus der Diskussion auszuschließen. Es ist vielmehr notwendig, *einen freien Markt wissenschaftlicher Theorien und Ideen* zu etablieren und jeden Versuch zu unterlassen, bestimmte Theorien und Ideen, z.B. weil sie nicht zur herrschenden Ideologie passen oder politisch nicht korrekt sind, auszuschließen oder bestimmte Ideen z.B. durch staatliche Förderung einseitiger Forschung, wie sie im Bereich des Genderismus stattfindet, zu bevorzugen, um sie zur dominanten Theorie zu machen, ohne sie ernsthaft der Konkurrenz mit anderen Theorien ausgesetzt zu haben.

Wenn Wissenschaft nur funktionieren kann, wenn es einen freien Wettbewerb der Theorien und Ideen gibt, muss der Wissenschaftsmarkt *liberal organisiert* sein (wie schon in Kapitel 3 argumentiert wurde). Wenn der Sinn und Zweck der Wissenschaft die Identifikation der besten Erklärung für einen Sachverhalt oder die beste Lösung für ein Problem ist, und dies den Wettbewerb der Theorien und Ideen darum, welche Theorie oder Idee zur Erklärung der Wirklichkeit oder zur Lösung eines Problems am besten geeignet ist, erfordert, ist allein dies u.E. ein hinreichendes Argument dafür, dass Wissenschaft nur liberal sein kann, d.h. Wissenschaft nur in einem liberalen Umfeld, einer liberalen Gesellschaft, möglich ist. Denn nur hier ist gewährleistet, dass keine Theorien und Ideen mit Privilegien versehen werden, um sie zu protegieren und keine Theorien und Ideen von der Konkurrenz auf dem Markt der Ideen und Theorien ausgeschlossen werden, weil sie gerade nicht genehm erscheinen. Ein weiteres Argument dafür, warum nur ein freier Markt, der dem Zugriff von Regierungen entzogen ist, Wissenschaft möglich macht, liefert Friedrich A. von Hayek mit seiner Katallaxie des Marktes.

Hayek hat diesbezüglich wie folgt argumentiert: Wissen ist unter vielen Marktteilnehmern verstreut. Die einzige Möglichkeit, dieses disperse Wissen effizient zu organisieren, besteht darin, es sich quasi selbst organisieren zu lassen, in einem Wettbewerb, in dem gleichberechtigte Marktteilnehmer ihre Ideen und Produkte auf den Markt bringen und der Preis, der Nachfrage und Angebot verbindet, das Kriterium für Erfolg und Misserfolg darstellt. Ganz so, wie im Wissenschaftsmarkt der Bewährungsgrad über Erfolg und Misserfolg von Theorien/Ideen entscheidet, entscheidet der Preis über den Erfolg einer (Produkt-, Geschäfts-)Idee im Markt. So wie jeder Eingriff in den Wissenschaftsmarkt eine Verzerrung der Lösungsmenge darstellt, weil bestimmte Theorien mit Privilegien versehen oder von vornherein ausgeschlossen oder diskreditiert werden, so schafft im Wirtschafts-Markt jeder planerische Eingriff Privilegien und verzerrt die Marktergebnisse zu Gunsten bestimmter Anbieter/Ideen.

Gäbe es einen Markt für Wissenschaft und wissenschaftliche Ideen, auf dem Wissenschaftler in Selbstregulation die Prüfung von Ideen und Theorien betreiben, wäre die Existenz so genannter Expertisen, die von Institutionen wie [der GEW](#) oder [der Heinrich-Böll-Stiftung](#) finanziert werden, damit sie ihre Ideologie in einem Mäntelchen aus vermeintlicher Wissenschaft verpacken können, nahezu ausgeschlossen, weil ein solcher Wissenschaftsmarkt geprägt wäre von dem Interesse der ihn betreibenden Wissenschaftler, unwissenschaftliche, den üblichen Standards nicht entsprechende oder schlicht falsche "Expertisen" zu eliminieren. Aber leider gibt es in Deutschland keinen Wissenschaftsmarkt, jedenfalls nicht in den Sozialwissenschaften, denn als Sozialwissenschaftler werden gewöhnlich staatliche Bedienstete bezeichnet, die an als sozialwissenschaftlich deklarierten Institutionen oder Einrichtungen angestellt sind. Sie erhalten ihr Gehalt bestenfalls unabhängig von der Qualität ihrer Beiträge, schlechtestenfalls dafür, dass sie die derzeit politisch korrekte Ideologie zu legitimieren versuchen, indem sie sie als vermeintlich in Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen stehend darzustellen versuchen. Es gibt daher kaum oder gar keine Konkurrenz zwischen Ideen, und es gibt keinen Anreiz für Wissenschaftler, gegen z.B. Genderlehrstühle vorzugehen, die eine Travestie auf Wissenschaft darstellen, weil von ihnen aus anti-liberale Ideen, die für sich Wahrheit behaupten, also Ideologien, verbreitet werden sollen.

5. Fazit

Wenn Wissenschaftler ausgehend von ihrer liberalen Grundhaltung und in einem liberalen Umfeld daran arbeiten (können), konkurrierende Idee, oder Theorien zu prüfen und die einen Sachverhalt (bislang) am besten erklärende Theorie oder die (bislang) am besten funktionierende Lösung für ein Problem identifizieren, stellen sie eine relativ sichere Erkenntnis bereit, die auf andere Bereiche übertragen werden kann. Damit schließt sich der Kreis zu der im ersten Teil beschriebenen Irritation mancher Kommentatoren des Blogs „ScienceFiles“ ob der Tatsache, dass auf unserem Weblog nicht nur die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien berichtet werden, sondern auch einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, zu der es gehören kann, eine probeweise Anwendung der entsprechenden Ergebnisse zu diskutieren und die Folgen oder logischen Konsequenzen der Ergebnisse oder bestimmter Bewertungen der Ergebnisse offenzulegen. Dies sollte nicht nur *keine* Irritation auslösen, sondern – im Gegenteil – begrüßt werden, weil es notwendig ist, und zwar sowohl für weiteren Erkenntnisfortschritt (Wissenschaft ist ein kumulatives Unternehmen!) als auch für eine öffentliche Diskussion über gesellschaftspolitische Fragen, wenn diese Fragen vernünftig beantwortet werden sollen.

Dadurch, dass wir [unsere Kriterien offenlegen](#), nach denen wir wissenschaftliche Ergebnisse bewerten, machen wir unsere Bewertung nachvollziehbar und damit einer kritischen Prüfung durch andere Personen zugänglich. Sofern unsere Aussagen den Verwendungszusammenhang von Forschungsergebnissen betreffen, ist es auf diese Weise auch im Verwendungszusammenhang wissenschaftlicher Erkenntnisse möglich, in Wettbewerb mit anderen zu treten. Dies zeichnet die liberale Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse vor allen anderen Verwertungen aus, seien sie sozialistisch, kommunistisch, kommunitaristisch oder konservativ. Liberale Be- und Verwertungen erheben nicht den Anspruch, sie seien letzte Wahrheiten, sozusagen aus programmatischen Gründen. Sie stellen sich jederzeit der Herausforderung und dem Wettbewerb mit anderen Be- und Verwertungen. Möglicherweise bringt der Begriff "Einschätzung" dies im derzeitigen gesellschaftlichen Klima besser zum Ausdruck als der Begriff "Bewertung", obwohl

es semantisch betrachtet keinen Grund dafür gibt, den Begriff "Einschätzung" gegenüber dem Begriff "Bewertung" zu präferieren.

Wenn jemandem eine Einschätzung oder Bewertung von wissenschaftlichen Ergebnissen bzw. von in wissenschaftlichen Zeitschriften publizierten Texten, die wir auf Grund von uns benannter Kriterien vornehmen, nicht gefällt, dann kann er jederzeit versuchen zu zeigen, dass unsere Einschätzung oder Bewertung auf einer falschen Rezeption oder falschen Schlussfolgerungen basiert. Er kann Forschungsergebnisse anführen, die unsere Einschätzung/Bewertung falsifizieren oder auf deren Basis wir unsere Bewertung/Einschätzung modifizieren müssten. Nicht akzeptabel, weil nicht sachdienlich ist es dagegen, eine bloß ablehnende Haltung einzunehmen und zu formulieren, aber keinerlei Gründe für dieselbe anzugeben. Derartige unbegründete Behauptungen mögen in dogmatischer Umgebung geduldet, ja erwartet oder sogar gefordert sein, um sich der Mitgliedschaft in der Gruppe der – nennen wir sie: Vermeintlich-Richtig-Gesinnten zu versichern. In einem liberalen Blog und unter Wissenschaftlern bzw. Personen, die sich dem Erkenntnisfortschritt verschrieben haben, ist dafür aus den in diesem Text genannten Gründen kein Platz.

Wer meint, seine Ablehnung einer Argumentation oder Bewertung ohne nachvollziehbare (d.h. nicht bloß subjektiv auf Geschmacksurteilen beruhende) Begründung formulieren zu können, zeigt Verhaltensweisen die er bei anderen nicht vermutet und erfahrungsgemäß nicht akzeptiert: Er geht davon aus, dass seine unbegründete Ablehnung von anderen Personen (wie z.B. von Bloggern oder von Bürgern mit anderer politischer Überzeugung als er selbst, die er vielleicht als "Wutbürger" beschimpft) hinreichend wichtig gefunden wird, um sie zur Kenntnis zu nehmen und zu publizieren, dass diese Personen es also nicht einfach ihm gleich tun und seine Ablehnung ablehnen und daher – ohne Angabe von Gründen – seine unbegründete Ablehnung unter den Tisch fallen lassen. Er ist also nicht bereit, sein Verhalten zur allgemeinen Verhaltensregel zu machen. Damit verletzt er den Kantschen Imperativ und macht andere Menschen zum bloßen Mittel für seinen Zweck, der vermutlich darin besteht, sich emotional zu erleichtern. Er verhält sich dementsprechend unmoralisch und irrational.

6. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden werden:

- Wissenschaft kann nur betreiben, wer eine liberale Grundhaltung, ein "open mind" hat. Eine z.B. feministische oder marxistische Wissenschaft kann es daher nicht geben. Es gibt nur Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft bzw. Wissenschaft und Ideologie.
- Wissenschaft kann nur auf einem freien Markt stattfinden, auf dem der Wettbewerb zwischen Ideen unbeschränkt möglich ist. Eine staatlich regulierte Wissenschaft kann es nicht geben bzw. ist nur vermeintlich Wissenschaft, aber tatsächlich keine Wissenschaft.
- Der Wettbewerb von Ideen findet in Form einer Prüfung wissenschaftlicher Aussagen an der beobachtbaren Wirklichkeit statt. Aussagen, aus denen keine Sätze abgeleitet werden können, die empirisch prüfbar sind, sind keine wissenschaftlichen Aussagen und können keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben (selbst dann, wenn sie unwidersprochen bleiben sollten).
- Außer durch das Kriterium der Prüfbarkeit bzw. Falsifizierbarkeit wird der Möglichkeitsraum wissenschaftlicher Aussagen nur durch den kategorischen bzw. praktischen Imperativ Kants begrenzt. Wissenschaftliche Aussagen, die ihn verletzen, in denen Lebewesen als Mittel zum Zweck gebraucht werden, sind aus der Wissenschaft ausgeschlossen. Arbeiten, die nur dazu dienen, eine politische oder weltanschauliche Position zu legitimieren, Arbeiten, die dem Zweck dienen, Umerziehung und Manipulation (z.B. von Jungen und Mädchen im Zuge des Gender Mainstreaming) zu rechtfertigen, und Arbeiten, die dem Zweck dienen, den (politischen) Gegner zu diskreditieren, sind sämtlich Beispiele für Arbeiten, die keinen Anspruch darauf, wissenschaftliche Arbeiten zu sein, erheben können.

7. Literatur

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2013). *Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland*. Berlin: BMFSFJ.

<https://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Lebenssituation-Sicherheit-und-Gesundheit-von-Frauen-in-Deutschland,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Heuer, Richards J., Jr. (1999). [Psychology of Intelligence Analysis. Washington, DC: Central Intelligence Agency, Center for the Study of Intelligence.](#)

Kant, Immanuel (1870[1797]). *Metaphysik der Sitten*. Herausgegeben und erläutert von J. H. v. Kirchmann. Leipzig: Verlag der Dürr'schen Buchhandlung.

Kant, Imanuel (1786[1785]). *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*. Riga: Johann Friedrich Hartknoch.

Peterson, Bill E., Smirles, Kimberly A. & Wentworth, Phyllis A. (1997). Generativity and Authoritarianism: Implications for Personality, Political Involvement, and Parenting. *Journal of Personality and Social Psychology* 72(5): 1202-1216.

Popper, Karl Raimund (1994). *Logik der Forschung*. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Weber, Max (1994). *Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf, 1919*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Zhang, Li-fang (2002). Measuring Thinking Styles in Addition to Measuring Personality Traits? *Personality and Individual Differences* 33(3): 445-458.